



14.09.2006

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachfolgende Pressemitteilung zu Ihrer Kenntnis und Verwendung. Diese Pressemitteilung geht Ihnen auch per Mail zu.

**Dezernentenwahl
Partsch ja, Molter nein**

Mit der Wahl der beiden hauptamtlichen Dezernenten schließt sich das letzte Kapitel der Kommunalwahl vom März 2006.

Schon das Zustandekommen der Koalitionsvereinbarungen hat gezeigt: In erster Linie ging es den Koalitionären um das Verteilen von Pöstchen und Versorgungsansprüchen.

Die FDP hat in der ihr eigenen opportunistischen Art, aus reinem Machtkalkül, ihre Positionen über den Haufen geworfen. Dierk Molter, jetzt Kandidat für einen Dezernentenposten, forderte noch 2004 die Verkleinerung des hauptamtlichen Magistrates auf fünf Dezernenten. Keine Haushaltsdebatte vergeht ohne FDP-Forderungen nach "schlanker Verwaltung" und forciertem Personalabbau. Wenn es um die eigenen Pfründe geht, interessiert die FDP ihr "Geschwätz von gestern" aber nicht. Molter und die FDP stehen für weitere Privatisierung und Sozialabbau in unserer Stadt. Wir werden den FDP-Fraktionsvorsitzenden Dierk Molter daher nicht wählen.

Als zukünftiger Sozialdezernent wird Jochen Partsch von den Grünen vorgeschlagen. Obwohl Jochen Partsch einer Partei angehört, die maßgeblich an der Einführung von Hartz IV beteiligt war, haben wir nach reiflicher Überlegung beschlossen seine Wahl zu unterstützen. Wir haben Jochen Partsch in seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Sozialausschusses als fachlich versierten und dialogfähigen Kollegen erlebt. Wir wissen, dass der Gestaltungsspielraum in der Kommune, bei den von SPD und Grünen auf Bundesebene initiierten Hartz-Gesetzen, sehr gering ist. Aber die Möglichkeiten, die sich gerade durch die Übernahme der ARGE durch die Stadt eröffnen, müssen im Interesse der betroffenen Menschen genutzt werden. Deshalb verbinden wir unsere Unterstützung mit hohen Ansprüchen an einen künftigen Sozialdezernenten Partsch. Wir erwarten, dass Ein-Euro-Jobs weiterhin freiwillig und nur in begrenztem Umfang vergeben werden. Die Maßnahmeträger, namentlich GFFB und IB, müssen durch permanente Kontrollen zur Einhaltung der gesetzlichen Regelungen gezwungen werden. Jede vergebene Stelle ist nochmals auf ihren Verdrängungseffekt von regulär bezahlter sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu überprüfen. Wir erwarten eine verbesserte Information und Beratung der Menschen durch ARGE und Sozialamt, die der rechtlich zwingend vorgeschriebenen Auskunftspflicht

tatsächlich entspricht. Dringend nötig ist die Schaffung einer zentralen Stelle zur Unterstützung bei Antragstellung, zur Erklärung der Anträge und als Ausfüllhilfe. Wir erwarten Unterstützung bei unserer Forderung nach einem "Darmstadt-Paß mit Sozialticket" für ärmere Darmstädter Bürgerinnen und Bürger.

An diesen für uns wesentlichen Punkten werden wir die Arbeit des zukünftigen Sozialdezernenten messen. Einer fortgesetzten Politik des Sozialabbaus, einer weiteren Verschlechterung der Situation der von Arbeitslosigkeit und Armut betroffenen Menschen werden wir im Rahmen unserer Möglichkeiten entschiedenen Widerstand entgegensetzen.

Die von der CDU nominierten Kandidaten für die Dezernentenposten stellen für uns weder fachlich noch inhaltlich eine wählbare Alternative dar.

DIE LINKE Darmstadt, Stadtverordnetenfraktion

Rainer Keil; Heinrich-Fulda-Weg 13; 64289 Darmstadt;

E-Mail: info@linksfraktion-darmstadt.de; Web: www.linksfraktion-darmstadt.de

Tel.: +49-6151-66 90 310; Fax: +49-6151-66 90 533